

Bad Honnef, 5.02.2022

Demokratiep politik

Annäherungen an ein neues Politikfeld mit Tradition

Autor: Martin Rüttgers

Wer im Februar 2022 zurückblickt auf die vergangenen 15 Jahre im staatlich-gesellschaftlichen Dauerkrisenmodus, der fragt sich unweigerlich, ob unsere (bundesdeutsche) Demokratie nachhaltig Schaden genommen hat - oder vielleicht im Gegenteil stärker und resilienter geworden ist. Es gibt gute Argumente für die eine (skeptische) oder die andere (optimistische) Antwort. Je nachdem, wie man selbst beurteilt, mit welcher Robustheit parlamentarische Demokratie sowie Zivilgesellschaft in Deutschland durch Finanz- und Eurokrise (2008-2012), den Schock der Enttarnung des NSU (2011), den „Sommer der Migration“ (2015) und schließlich die noch immer nicht gemeisterte Pandemie (seit 2020) navigieren konnte.

Für die optimistisch konnotierte Resilienzthese der Demokratie spricht zum Beispiel, dass sich ab 2015 parallel zur Zunahme an geflüchteten Menschen eine (für viele) überraschende Welle der Solidarität in Form sogenannter „Willkommensinitiativen“ rasch selbst organisieren konnten, die den Staat ganz wesentlich bei der Integration der über 1 Mio. Zugewanderten entlastet hat. Demgegenüber wuchs leider auch die Anzahl und die Bru-

talität von Angriffen gegen Flüchtlingseinrichtungen sowie weiterer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, woraus (gerade auch für viele Konservative¹) offensichtlich wurde, dass die Feinde der Demokratie auch innerhalb dieser Republik vor allem am rechten Rand aktiv sind und digital wie analog Demokratie- und Menschenfeindlichkeit praktizieren.

Wie ein Déjà-vu lässt sich ein vergleichbar widersprüchliches Phänomen mit Blick auf die Folgen der Pandemie feststellen: So positiv die schnelle, effektive und unbürokratische Organisation ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe während des ersten und zweiten Lockdowns beurteilt werden kann als Stärke von lokaler Demokratie, Solidarität und ehrenamtlichen Engagements, so befremdlich und zum Teil schockierend sind die demokratiefeindlichen Kampagnen von Verschwörungsideologen, egoistischen Corona-Leugner*innen und Rechtsextremisten. Befremdlich auch unter dem Gesichtspunkt, dass bei den sogenannten „Spaziergängen“ gegen die Pandemiepolitik viele „normale, unpolitische“ Bürger*innen sowie eher dem links-alternativen Spektrum zuzuordnende Personen offenbar problemlos mit rechtsextremen Kadern, Reichbürger*innen und selbstsüchtigen Verschwörungsideolog*innen mitlaufen und gemeinsam demonstrieren.

Vor diesem Hintergrund erscheint es als folgerichtig, dass in den letzten 2-3 Jahren (endlich) eine Debatte an Fahrt gewinnt, die sowohl den Blick auf die dringend erforderliche Unterstützung einer demokratiestärkenden Zivilgesellschaft lenkt, und zugleich das nötige Rüstzeug einer „wehrhaften Demokratie“ zur Abwehr sich zunehmend radikalisierenden Demokratiefeinden mitliefert. Es geht um ein Politikfeld, das über eine scheinbar lange Tradition und eine semantische Selbstverständlichkeit verfügt, das aber nirgends systematisch konzipiert und strategisch durchdacht worden ist: Es geht um Demokratiep politik.

In der ZEIT-Kolumne „Demokratiep politik? Nebensache“² schreibt Lenz Jacobsen über die Versuche der neuen Ampel-Koalition, die Protagonist*innen und zivilgesellschaftlichen Akteure der Demokratiestärkung hierzulande nachhaltig zu unterstützen gegen die Demokratiefeinde vor allem rechter Provenienz. Gleichwohl die neue Bundesregierung hier z.B. mit der Proklamierung des seit rund 10 Jahren vergeblich realisierten „Demokratiefördergesetzes“ eine wichtige Leerstelle der alten Regierung zu verwirklichen beabsichtigt, kann Jacobsen bei der Sezierung des Koalitionsvertrages keine konsistente Strategie zur Umsetzung einer substanziellen Demokratiep politik erkennen. Institutionell wird das z.B. deutlich, wenn realisiert wird, dass es weiterhin keinen Bundestags-Hauptausschuss für De-

¹ Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübke hat nicht zuletzt viele liberal-konservative Politiker*innen von der ernststen Bedrohung des Rechtsextremismus hierzulande nachhaltig überzeugt.

² Jacobsen, Lenz: Demokratiep politik? Nebensache, in: Zeit Online, 19.01.2022

mokratie- und Engagementpolitik geben wird, der den bestehenden Unterausschuss aufwerten würde. Wie auch das BBE in seinen engagementpolitischen Empfehlungen zur Bundestagswahl 2021 betont, fehlt diese institutionelle Innovation ebenso wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission nach dem Vorbild der erfolgreichen Bundestags-Enquete zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in den Jahren 2000-2002: „Eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags ‚Engagementförderung – Demokratiestärkung – Gesellschaftlicher Zusammenhalt‘ ist einzusetzen. Engagement- und Demokratiep politik müssen zusammen gedacht, einseitige Förderlogiken überwunden werden.“³

Jacobsen konstatiert mit Blick auf solche bisher leider unterlassenen Innovationen: „Das ist also das eine große Defizit der eigentlich ehrgeizigen Demokratiep politik der neuen Koalition: Sie ist in sich nicht schlüssig, sie folgt keiner klaren Linie, sondern ist noch ein Nebeneinander vieler kleiner und großer Reformideen. Es scheint, als hätten SPD, Grüne und FDP bisher gar nicht erkannt, dass all diese Fragen zusammenhängen – als würden sie den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.“⁴

Indizien für eine Renaissance von Demokratiep politik werden – zum Glück – jedoch auch jenseits von Bundesregierung und Bundestag ersichtlich, wenn man z.B. auf Debatten und Projekte großer Netzwerke wie dem BBE oder Fachverbände wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) blickt. So kann die BaS aktuell mit dem Modellprojekt „Generationen – Kulturen – Vielfalt“⁵ wichtige demokratiep politische Impulse setzen, um mit neun ausgewählten Seniorenbüros bundesweit Aktivitäten zu erproben, die nicht nur generationsübergreifendes Engagement fördern, sondern auch Beiträge zur Stärkung der lokalen Demokratie gegen Extremismus und Diskriminierung umfassen. So werden z.B. die Haupt- und Ehrenamtlichen in den beiden BaS-Projekten „Alt und Jung-Chancenpatenschaften“ und „Generationen-Kulturen-Vielfalt“ qualifiziert, um sich effektiv vor Ort gegen Ausgrenzung und Rassismus und für gesellschaftliche Vielfalt und Teilhabe einzusetzen.

Auch bei den Netzwerken der Engagementförderung, die sich auf der Ebene der Bundesländer in den vergangenen 20-25 Jahren entwickeln und etablieren konnten, werden demokratiep politische Debatten zunehmend proaktiv und strategisch ambitioniert geführt. Waren es in den „Gründerzeiten“ dieser Netzwerke in den Nullerjahren zumeist Debatten

³ Engagementpolitische Empfehlungen des BBE für ein Regierungsprogramm der 20. Legislaturperiode – Kurzversion, S. 2.

⁴ Siehe FN2

⁵ www.generationen-kulturen-vielfalt.de

und Projekte zu den Themen Anerkennungskultur, Qualifizierung, Vernetzung und Stärkung des sozialen Ehrenamts⁶, so suchen einige Engagementnetzwerke vor allem in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg verstärkt den Brückenbau zu den Themen Bürgerpartizipation, Demokratiestärkung und Extremismusprävention. Exemplarisch lässt sich diese strategische Neuausrichtung am Beispiel des AKTIVOLI-Landesnetzwerks Hamburg darstellen, so wie es im Rahmen des BBE-Länderforums am 5. Oktober 2021 thematisch und kollegial erörtert werden konnte⁷. Julia Hudy, die Leiterin der Geschäftsstelle des AKTIVOLI-Netzwerks, skizzierte hier die Zusammenarbeit mit Hamburger Landesbehörden zur Entwicklung der Engagementstrategie, aber auch erste Pilotprojekte im Themenspektrum ‚Demokratiestärkung und Diversitätsorientierung gegen Faschismus und Menschenfeindlichkeit‘.

Schließlich gibt es neue ermutigende Entwicklungen zur Stärkung einer wehrhaften Demokratie insbesondere auf der lokalen Ebene der kommunalen Bündnisse und Netzwerke, die sich u.a. manifestieren in den mittlerweile 339 „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD), die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“⁸ gefördert werden. Auch wenn hier noch viel Luft nach oben ist mit Blick auf das erforderliche Brückenbauen vor Ort, um die Akteurszenen aus Ehrenamt- und Engagementförderung mit denen der Extremismusprävention besser zu vernetzen – es hat sich einiges getan hinsichtlich der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und deren Kooperation mit kommunalen Ämtern und Institutionen. Für den ländlichen Raum können beispielhaft die PfD in den Landkreisen Birkenfeld und Kusel genannt werden, die trotz Restriktionen durch Kontaktbeschränkungen und Lockdowns innovative Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung, der Nachbarschaftshilfe und der Extremismusprävention realisieren konnten.

Um mögliche Synergien zwischen den einzelnen demokratiestärkenden Akteurskonstellationen zu verbessern, die vielfach noch sehr stark versäult innerhalb ihrer jeweiligen Milieus agieren und nur punktuell und kontingent mit benachbarten Akteursnetzen interagieren, werden abschließend Perspektiven verstärkter Kooperation skizziert:

- **Öffnung von Netzwerken gegen Rechts in den Bundesländern und in den Kommunen für Akteure der Engagementförderung:** In sämtlichen 16 Bundesländern arbeiten seit rund 15 Jahren sogenannte Beratungsnetzwerke, in denen

⁶ Thomas Olk /Martin Rüttgers 2018: Netzwerke der Engagementförderung. Netzwerkanalyse mit dem Fokus auf die 16 Bundesländer, publiziert in der Reihe „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“ im Auftrag des BBE, Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main.

⁷ Siehe hierzu weitere Debattenbeiträge des BBE-Länderforums.....

⁸ www.demokratie-leben.de

staatliche und nicht-staatliche zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsame Interventions- und Beratungsstrategien bei rechtsextremen Vorfällen erörtern. Vertreter*innen von Fachressorts der jeweiligen Landesregierungen arbeiten hier mit Landesverbänden und Netzwerken der Zivilgesellschaft zusammen, so z.B. die Dachverbände aus den Bereichen Kultur, Sport, Jugend und Wohlfahrt. Auffällig ist hierbei, dass zentrale Akteure der Engagementförderung zumindest in westdeutschen Beratungsnetzwerken deutlich unterrepräsentiert bzw. gar nicht vertreten sind. Ähnliches lässt sich für die kommunale Ebene konstatieren. In (zu) vielen der 339 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ spielen engagementfördernde Einrichtungen – wie z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Bürgerstiftungen - kaum eine Rolle. Ein Blick auf die Genese der seit 2001 aufgelegten Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus macht offensichtlich, dass genau dies erwünscht ist: Eine Brücke zu schlagen zwischen den antifaschistischen Initiativen und Bündnissen *gegen Rechts* und den auf langfristige Prävention und Empowerment setzenden Projekten *für eine starke und vielfältige Demokratie* (vor Ort).

- **„Partizipation dort, wo es wehtut!“**: Analog zur Öffnung von Netzwerken gegen Rechts sollte umgekehrt auch der Versuch unternommen werden, Partizipationsprojekte zu öffnen für Fragestellungen und Bereiche, die besonders heikel oder kontrovers erscheinen und in denen gelegentlich Rechtspopulisten und Rassisten agitieren und hetzen in der Annahme, den „Volkswillen“ effektiv mobilisieren zu können. Beteiligungsverfahren und Partizipationsmethoden sollten mithin verstärkt konzipiert und umgesetzt werden z.B. bei Strategien der Integration und des Empowerments von Migrant*innen oder auch im Vorfeld der Planungen zu Flüchtlingsunterkünften. In diesen Anwendungsbereichen von Partizipation und Teilhabe liegen zudem ermutigende Beispiele aus der Praxis vor.